Warmbrunner Nachrichten

Unparteiische Tageszeitung für das Riesengebirge.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen. — Bezugspreis: Wöchentlich 35 Pfg., monatlich 1,45 Mk, durch die Post 1,40 Mk. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik haben die Bezieher kein Anrecht auf Nachlieferung.

Anzeigenpreis Die 3-gespaltene Petitzeile 15 Pfg., für auswärtige Inserenten 25 Pfg., die 3-gespaltene Reklame-Zeile 75 Pfg. bezw. 1.— Mk., tabellarischer Satz bis 100 Prozent Zuschlag. Etwaiger Rabatt wird hinfällig, wenn der Betrag nicht innerhalb 3 Tagen nach Rechnungserhalt bezahlt ist, ebenso erlischt derselbe bei Konkurs od. gerichtl. Beitreibung.

Schriftleitung: H. Fleischer, Druck und Verlag: P. Fleischer, Warmbrunn, Voigtsdorfer-Straße 3. — Fernsprecher 115. — Postscheckkonto: Nr. 6746 Breslau

Nummer 142. Sonnabend, den 20. Juni 1925. 44. Jahrgang

Wortlaut der französischen Note.

Berlin, 18. Juni.

Wie die französische Regierung die deutsche Regierung durch ihre Note vom 20. Februar d. Js. wissen ließ, hat sie gemeinsam mit ihren Alliierten die Anregungen des Memorandums geprüft, das ihr am 9. Februar durch Se. Exzellenz Herrn von Hoesch überreicht worden ist.

Die französische Regierung und ihre Alliierten haben in dem Schritte der deutschen Regierung den Ausdruck von friedlichen Bestrebungen gesehen, die mit den ihren übereinstimmen.

In dem Wunsche, allen beteiligten Staaten im Rahmen des Vertrages von Versailles ergänzende Sicherheitsbürgschaften zu geben, haben sie die deutschen Vorschläge mit aller ihnen gebührenden Aufmerksamkeit geprüft, um sich ein Urteil darüber zu bilden, inwiefern sie zur Befestigung des Friedens beitragen können. Indes hat es sich als zweckmäßig herausgestellt, vor Eintritt in die sachliche Prüfung der deutschen Note die Fragen in volles Licht zu setzen, die diese Note aufwirft oder aufwerfen kann. Es ist wichtig, die Ansicht der deutschen Regierung über diese Fragen kennenzulernen, da ein vorheriges Einvernehmen hierüber als Grundlage für jede weitere Verhandlung erforderlich erscheint.

I. Das Memorandum erwähnt den Völkerbund nur beiläufig. Nun sind aber die alliierten Staaten Mitglieder des Völkerbundes und durch die Völkerbundsatzung gebunden, die für sie genau bestimmte Rechte und Pflichten zum Zwecke der Erhaltung des Weltfriedens enthält.

Die deutschen Vorschläge sind zweifellos auf das gleiche Ideal gerichtet; aber ein Abkommen ließe sich nicht verwirklichen, ohne daß Deutschland seinerseits die Verpflichtungen übernimmt und die Rechte genießt, die in der Völkerbundsatzung vorgesehen sind.

Dieses Abkommen ist also nur denkbar, wenn Deutschland selbst dem Völkerbunde unter den in dem Schreiben des Völkerbundrates vom 13. März 1925 angegebenen Bedingungen beitritt.

II. Das Streben, die Sicherheitsbürgschaften zu schaffen, welche die Welt verlangt, darf keine Änderung der Friedensverträge mit sich bringen. Die zu schließenden Abkommen dürften also weder eine Revision dieser Verträge in sich schließen noch faktisch zu einer Abänderung der besonderen Bedingungen für die Anwendung gewisser Vertragsbestimmungen führen.

So könnten die Alliierten unter keinen Umständen auf das Recht verzichten, sich jeder Nichterfüllung der Bestimmungen dieser Verträge zu widersetzen, auch wenn diese Bestimmungen sie nicht unmittelbar angehen.

III. Das Memorandum vom 9. Februar faßt zunächst den Abschluß eines Paktes zwischen den „am Rhein interessierten Mächten" ins Auge, der von folgenden Grundsätzen ausgehen könnte: 1. Ablehnung jedes Gedankens an einen Krieg zwischen den vertragschließenden Staaten, 2. Strenge Achtung des gegenwärtigen Besitzstandes in den rheinischen Gebieten mit gemeinsamer und gesonderter Garantie der vertragschließenden Staaten, 3. Garantie der vertragschließenden Staaten für die Erfüllung der Verpflichtungen zur Entmilitarisierung der rheinischen Gebiete, die sich für Deutschland aus den Artikeln 42 und 43 des Vertrages von Versailles ergeben.

Die französische Regierung verkennt nicht, welchen Wert die feierliche Ablehnung jedes Gedankens an einen Krieg zwischen den vertragschließenden Staaten (eine Verpflichtung, die übrigens zeitlich nicht beschränkt sein dürfte), neben der erneuerten Bestätigung der in den Vertrag aufgenommenen Grundsätze, für die Sache des Friedens haben würde. Zu den vertragschließenden Staaten muß offenbar Belgien gehören, das in dem deutschen Memorandum nicht ausdrücklich erwähnt wird, das aber als unmittelbar interessierter Staat an dem Pakte teilnehmen müßte. Ebenso versteht es sich von selbst und geht auch aus dem Schweigen des deutschen Memorandums über diesen Punkt hervor, daß der auf diesen Grundlagen zu schließende Pakt weder die Bestimmungen des Vertrages über die Besetzung der rheinischen Gebiete noch die Erfüllung der in dieser Hinsicht im Rheinlandabkommen festgesetzten Bedingungen berühren darf.

IV. Die deutsche Regierung erklärt sich ferner geneigt, mit Frankreich sowie mit den übrigen am Rheinpakt beteiligten Staaten Schiedsverträge abzuschließen, die „eine friedliche Austragung rechtlicher und politischer Konflikte sicherstellen".

Frankreich ist der Ansicht, daß ein Schiedsvertrag der Art, wie Deutschland ihn vorschlägt, die natürliche Ergänzung des Rheinpaktes bilden würde. Es muß dabei aber als selbstverständlich gelten, daß ein solcher Vertrag zwischen Frankreich und Deutschland auf alle Konflikte Anwendung finden müßte und nur dann Raum für ein zwangsweises Vorgehen lassen dürfte, wenn ein solches Vorgehen gemäß den Bestimmungen der zwischen den Parteien bestehenden Verträge oder des Rheinpaktes oder auf Grund der Garantie erfolgen würde, die von den Parteien oder einer von ihnen für einen Schiedsvertrag geleistet wird. Ein Schiedsvertrag gleicher Art zwischen Belgien und Deutschland wäre nicht minderer Erwägung.

Um diesen beiden Verträgen volle Wirksamkeit zu geben, müßte ihre Innehaltung sichergestellt werden durch die gemeinsame und gesonderte Garantie derjenigen Mächte, die andererseits an der in den Rheinpakt aufgenommenen Gebietsgarantie teilnehmen, dergestalt, daß diese Garantie unmittelbar zur Wirkung kommt, wenn eine der Parteien, die es ablehnt, einen Streitfall dem Schiedsverfahren zu unterwerfen oder einen Schiedsspruch auszuführen, zu feindlichen Handlungen schreitet. Falls einer der Vertragschließenden, ohne zu feindlichen Handlungen zu schreiten, seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, soll der Völkerbundrat die Maßnahmen vorschlagen, die zu ergreifen sind, um dem Vertrage Wirksamkeit zu verleihen.

V. Die deutsche Regierung hat in ihrem Memorandum hinzugefügt, sie sei bereit, mit allen Staaten, die hierzu geneigt seien, derartige Schiedsverträge abzuschließen.

Die alliierten Regierungen nehmen mit Genugtuung von dieser Zusicherung Kenntnis. Sie sind sogar der Ansicht, daß ohne solche Abkommen zwischen Deutschland und denjenigen seiner Nachbarn, die zwar nicht Parteien des geplanten Rheinpaktes sind, aber den Vertrag von Versailles unterzeichnet haben, der europäische Friede, dessen Befestigung der Rheinpakt anstrebt und für den er eine wesentliche Grundlage bilden soll, nicht völlig gewährleistet werden könnte. Die alliierten Staaten haben nämlich aus der Völkerbundsatzung und den Friedensverträgen Rechte, auf die sie nicht verzichten, und Verpflichtungen, von denen sie sich nicht freimachen können.

Diese so abgefaßten Schiedsverträge würden die gleiche Tragweite haben wie die in Abschnitt IV vorgesehenen. Jede Macht, die den Vertrag von Versailles sowie den geplanten Rheinpakt unterzeichnet hat, würde, wenn sie es wünscht, die Befugnis haben, sich zu ihrem Garanten zu machen.

VI. Nichts in den in dieser Note ins Auge gefaßten Verträgen darf die Rechte und Verpflichtungen berühren, die der Mitgliedern des Völkerbundes aus der Völkerbundsatzung erwachsen.

VII. Die für die Erhaltung des Friedens unerläßliche allgemeine Garantie der Sicherheit wäre nur dann vollständig wenn alle in dieser Note ins Auge gefaßten Abkommen gleichzeitig in Kraft treten.

Diese Abkommen müßten, der Satzung entsprechend, von Völkerbund eingetragen und unter dessen Obhut gestellt werden. Es versteht sich endlich von selbst, daß Frankreich wenn die Vereinigten Staaten den so verwirklichten Abkommen beitreten zu können glauben, die Beteiligung des großen amerikanischen Volkes an diesem Werke des allgemeinen Friedens und der Sicherheit nur begrüßen könnte.

Das sind die Hauptpunkte, hinsichtlich deren es notwendig schien, die Ansicht der deutschen Regierung genau kennen zu lernen. Die französische Regierung würde es begrüßen, hierauf eine Antwort zu erhalten, die es gestattet, in eine Verhandlung einzutreten, deren Ziel der Abschluß von Abkommen ist, die eine neue und wirksame Friedensgarantie bilden.

*

Zwischenantwort der französischen Regierung vom 20. Februar auf das deutsche Memorandum.

Paris, 20. Februar 1925.

Die französische Regierung hat das ihr am 9. Februar durch Seine Exzellenz den deutschen Botschafter überreichte Memorandum mit Interesse und mit dem Willen gelesen, nichts zu verabsäumen, was zum Frieden Europas und der Welt beitragen kann. Die deutsche Regierung wird verstehen, daß die Prüfung dieser Anregung nicht weitergeführt werden kann, ohne daß Frankreich seine Verbündeten damit befaßt und sich mit ihnen ins Einvernehmen gesetzt hat, um im Rahmen des Vertrages von Versailles zur Schaffung eines Zustandes der Sicherheit zu gelangen.

*

Das deutsche Memorandum vom 8. Februar

Das deutsche Memorandum, auf das nunmehr die Antwort eingetroffen ist, hat folgenden Wortlaut:

Bei Erwägung der verschiedenen Möglichkeiten, die sich gegenwärtig für eine Regelung der Sicherheitsfrage bieten, könnte man von einem ähnlichen Gedanken ausgehen, wie er dem im Dezember 1922 von dem damaligen deutschen Reichskanzler Cuno gemachten Vorschlage zugrunde lag. Deutschland könnte sich z. B mit einem Pakte einverstanden erklären, wodurch sich die am Rhein interessierten Mächte, vor allem England, Frankreich, Italien und Deutschland, feierlich für eine näher zu vereinbarende längere Periode zu treuen Händen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika verpflichten, keinen Krieg gegeneinander zu führen. Mit einem solchen Pakte könnte ein weitgehender Schiedsvertrag zwischen Deutschland und Frankreich verbunden werden, wie er in den letzten Jahren zwischen verschiedenen europäischen Mächten abgeschlossen worden ist. Zum Abschluß derartiger Schiedsverträge, die eine friedliche Austragung rechtlicher und politischer Konflikte sicherstellen, ist Deutschland auch gegenüber allen anderen Staaten bereit.

Für Deutschland wäre außerdem auch ein Pakt annehmbar, der ausdrücklich den gegenwärtigen Besitzstand am Rhein garantiert. Ein solcher Pakt könnte etwa dahin lauten, daß die am Rhein interessierten Staaten sich gegenseitig verpflichten, die Unversehrtheit des gegenwärtigen Gebietsstandes am Rhein unverbrüchlich zu achten, daß sie ferner, und zwar sowohl gemeinsam als auch jeder Staat für sich (conjointement et séparément), die Erfüllung dieser Verpflichtung garantieren, und daß sie endlich jede Handlung, die der Verpflichtung zuwiderläuft, als eine gemeinsame und eigene Angelegenheit ansehen werden. Im gleichen Sinne könnten die Vertragsstaaten in diesem Pakte die Erfüllung der Verpflichtung zur Entmilitarisierung des Rheinlandes garantieren, die Deutschland in den Artikeln 42 und 43 des Vertrages von Versailles übernommen hat. Auch mit einem derartigen Pakt könnten Schiedsabreden der oder bezeichneten Art zwischen Deutschland und allen denjenigen Staaten verbunden werden, die ihrerseits zu solchen Abreden bereit sind.

Den vorstehend angeführten Beispielen werden sich noch andere Lösungsmöglichkeiten anreihen lassen. Auch könnten die diesen Beispielen zugrunde liegenden Gedanken in der einen oder anderen Weise kombiniert werden. Im übrigen wird zu erwägen sein, ob es nicht ratsam ist, den Sicherheitspakt so zugestalten, daß er eine alle Staaten umfassende Weltkonvention nach Art des vom Völkerbund aufgestellten „Protocole pour le règlement pacifique des différents internationaux" vorbereitet, und daß er im Falle des Zustandekommens einer solchen Weltkonvention von ihr absorbiert oder in sie hineingearbeitet wird.

Beginn der Jahrtausendfeier.

Düsseldorf, 18. Juni.

Im Anschluß an die Tagung des Rheinischen Provinziallandtages begann heute die auf drei Tage berechnete Eröffnung der Jahrtausendfeier des Rheinlandes zum Andenken an die tausendjährige Zugehörigkeit der Rheinlande zum Deutschen Reich. Zu der Feier trafen ein: Reichskanzler Dr. Luther, der preußische Ministerpräsident Braun, die Reichsminister Dr. Brauns und Frenken, die preußischen Minister Dr. Schreiber, Dr. Becker, Steiger, Hirtsiefer, Dr. Höpker-Aschoff, die Staatspräsidenten von Württemberg und Hessen, die Ministerpräsidenten von Thüringen, Oldenburg, Braunschweig und Mecklenburg, der Senatspräsident Dr. Sahm-Danzig, der Kardinalerzbischof von Köln, Dr. Schulte, die Vizepräsidenten des Reichstages Dr. Bell und Graef, der Präsident des Preußischen Landtages Bartels und die Vizepräsidenten, zahlreiche Oberpräsidenten, zahlreiche Oberbürgermeister, Reichs-, Staats- und Kommunalbeamte.

Die Feier wickelte sich im Kaisersaal der Tonhalle ab und brachte zunächst eine Festsitzung des Provinziallandtages, bei welcher der Präsident des Landtages, Dr. Farres, die Begrüßungsansprache hielt. Dr Farres bat den Reichskanzler, dem verhinderten Reichspräsidenten v. Hindenburg die Grüße des Rheinlandes zu entbieten. Dann wandte er sich an den preußischen Ministerpräsidenten Braun, dem er versicherte, daß mit dem Treuebekenntnis der Rheinprovinz zum Reiche auch die Treueverpflichtung zum preußischen Staate verbunden sei. In Gegenwart so vieler Behörden, Volksvertreter und Freunde müsse das Rheinland der Forderung Ausdruck geben, daß ihm gegenüber gehalten werde, was zu seiner Erleichterung und Befreiung völkerrechtlich verbrieft sei.

Die Gäste erhoben sich von ihren Plätzen und die Hände zum Schwur erhoben, riefen sie mit Dr. Farres aus: Unserem Volke, unserem Vaterlande rheinische Treue allezeit.

Darauf brachte der Redner das Hoch auf das deutsche Vaterland aus. Reichskanzler Dr. Luther erhob sich und verlas folgende

Botschaft das Reichspräsidenten.

Den Brüdern und Schwestern am deutschen Rhein entbiete ich den Gruß des Reiches zur Tausendjahrfeier! Der Gedanke, die tausendjährige Zugehörigkeit des Rheinlandes zum Deutschen Reich festlich zu begehen, ist im Kreise der rheinischen Bevölkerung entstanden. In all diesen Erinnerungsfeiern fühlt sich das gegenwärtige Geschlecht als verantwortlicher Träger einer großen Vergangenheit. Die ganze lebendige Kraft, die heute das Rheinland in Wirtschaft und Kultur entfaltet, gründet sich auf die Leistungen der Vorfahren während eines Zeitraumes, der länger als ein Jahrtausend gewährt hat. In all dieser Zeit hat das Rheinland als Grenzmark immer wieder die Stürme der Weltgeschichte über sich hinbrausen lassen müssen. So ist das Volk entstanden, das trotz aller Hingabe an die Güter der Kultur und an eine gesunde Fröhlichkeit doch den echten vaterländischen Ernst und die politische Stärke in sich entwickelt hat, die auch die schweren Nöte der Gegenwart zu bestehen vermag. Kraftvoll und treu hat das Rheinland in schweren Tagen an seiner geschichtlich gewordenen Verbindung mit Preußen, an seinem Zusammenhang mit dem großen deutschen Vaterlande festgehalten. Das ganze deutsche Volk dankt den Rheinländern für diese Ausdauer und diese Hingabe an die große Sache des Vaterlandes. Bleiben alle Deutschen diesen Tugenden getreu, dann wird — das ist mein unerschütterlicher Glaube — die heilige Stunde der Freiheit bald für die Rheinlande schlagen. Wir geloben alle, daß wir nicht rasten werden, bis dieses Ziel erreicht ist. Gott, der in der Vergangenheit bei schwerster Bedrückung immer wieder geholfen hat, wird auch dieses Mal helfen!

Reichskanzler Dr. Luther

führte anschließend im wesentlichen folgendes aus:

Der Kundgebung des Herrn Reichspräsidenten schließe ich die aufrichtigsten Wünsche der gesamten Reichsregierung zur Jahrtausendfeier der Rheinlande an. Die Rückschau auf die tausendjährige rheinische Geschichte, deren Ablauf heute festlich begangen wird, zeigt einen bewundernswerten Aufstieg in allen schöpferischen Leistungen von Kultur und Wissenschaft. Die Leistungen des Rheinlandes sind um so bewundernswerter, als immer wieder in diesen tausend Jahren der Entwicklung der natürlichen Lebenskräfte die rheinische Bevölkerung mit schwerer politischer Not zu ringen gehabt hat. Auch jetzt lastet auf dem Rheinland die ganze Schwere fremder Besetzung.

Die Politik der Reichsregierung demgegenüber ist durch die Natur der Dinge klar vorgezeichnet. Sie zielt darauf hin, dem Rheinland die Freiheit und ganz Deutschland und ganz Europa den wirklichen Frieden zu vermitteln. Für die rheinischen Gebiete, die außerhalb des Versailler Vertrages besetzt wurden, ist in der Londoner Konferenz eine klare und endgültige Regelung zustande gekommen.

Daneben ist mit den französischen und belgischen Ministerpräsidenten bindend festgelegt worden, daß auch die Städte Düsseldorf und Duisburg, also das gesamte sogenannte Sanktionsgebiet, mit der abschließenden Räumung des Ruhrgebietes ebenfalls geräumt werden.

Da nun weiter in der Anlage 2 der sog. Entwaffnungsnote die Erklärung der Reparationskommission mitgeteilt ist, daß Deutschland seine Verpflichtungen aus dem Londoner Pakt ordnungsmäßig erfüllt hat, so kann keinerlei Zweifel bestehen, daß wenigstens das seit dem 11. Januar 1923 besetzte Ruhrgebiet und die Städte Düsseldorf und Duisburg spätestens am 16. August d. Js. geräumt werden.

Angaben von gleicher Bestimmtheit über die nördliche Rheinlandzone lassen sich leider auch heute noch nicht machen.

Der Standpunkt der Reichsregierung, daß diese Zone gemäß den Vorschriften des Vertrages von Versailles am 10. Januar 1925 hätte geräumt werden müssen, ist und bleibt unverändert. Die Reichsregierung muß versuchen, sobald die Prüfung der Entwaffnungsnote vom 4. Juni abgeschlossen ist, ohne jeden Verzug mit den alliierten Regierungen in Verbindung zu treten.

Die von der französischen Regierung überreichte Note zu dem Sicherheitspakt wird mit dem ganzen Ernst, der erforderlich ist, geprüft werden. Angesichts unseres bisherigen Vorgehens in der Sicherheitsfrage brauche ich nicht besonders zu betonen, daß in gleicher Weise, wie sich die französische Regierung in den Schlußworten der Note ausspricht, die deutsche Regierung es begrüßen würde, wenn Verhandlungen in Gang kommen würden, deren Ziel der Abschluß von Vereinbarungen ist, eine wirksame Friedensgewähr darstellen. Von Wichtigkeit ist ferner noch die Tatsache, daß das neue System einer allgemeinen Abrüstung aber nicht durchgeführt ist. Der bestehende Zustand wird von der Unlogik beherrscht, daß das neue System nur von Deutschland und einigen anderen Staaten in Anwendung gebracht ist, dagegen das alte System einer Aufrechterhaltung der vorherigen Wehrfähigkeit bei den anderen Staaten weiterbesteht. Solange das große Programm der Abrüstung nicht allgemein und gleichmäßig für alle Staaten gelöst ist, wird ein vollendetes, die gesamte Welt umfassendes Friedenssystem nicht möglich sein.

Deutschland wird immer das Seine tun, um auf dem Wege direkter Vereinbarungen einen Zustand in ganz Europa herzustellen, bei dem ein Zusammenleben der europäischen Völker nach den Grundsätzen der Vernunft und Gleichberechtigung gewährleistet ist. Gelingt eine solche allgemeine Leistung, so möge sie ein glückverheißendes Vorzeichen für das nächste Jahrtausend deutscher Geschichte auf rheinischem Boden sein.

Preußischer Ministerpräsident Braun

überbrachte die Grüße der preußischen Staatsregierung. Er betonte, daß das rheinische Volk immer freiheitlich gesinnt war, und daß am Rhein die Wiege vieler großer Männer gestanden habe. Seit 1918 liegt, so meinte der Ministerpräsident weiter,

Preußens Schwergewicht im Westen.

Daher hat das Rheinland ein doppeltes Anrecht, seinen Einfluß im politischen Leben Preußens maßgeblich geltend zu machen. Und es ist doch auch unverkennbar, daß bei der Umformung Preußens zu dem Volksstaat, in dem wir heute leben, die Einwirkung des rheinischen Volkes oftmals entscheidend wirksam wurde. Das Rheinland mit seinen reichen Schätzen des Bodens und der Natur war es auch, das auf dem Feld der Wirtschaft allen anderen Teilen des Vaterlandes voran einen bewundernswerten Eifer entfaltete. Rheinische Tatkraft und rheinischer Gewerbefleiß werden unserem preußischen Volk immer ein leuchtendes Vorbild sein.

Nachdem Ministerpräsident Braun der Bergarbeiterschaft des rheinisch-westfälischen Industriebeckens für die gefahrvolle Arbeit gedankt und die kulturellen Verdienste des Rheinlandes gefeiert hatte, schloß er seine Ausführungen mit dem Wunsche, daß das rheinische Volk bald wieder ein völlig freies Volk sein möge.

Abends versammelten sich die Gäste zu einem von der Stadt Düsseldorf gegebenen rheinischen Bowlenabend. Reichskanzler Dr. Luther reiste darauf nach Berlin zurück, während der größte Teil der Festgäste Freitag früh im Sonderzug nach Köln reist. Sonntag wird die Festgesellschaft in Koblenz sein und im Schiff nach Köln zurückkehren.

Deutscher Reichstag.

(77. Sitzung.) CB. Berlin, 18. Juni.

Der Reichstag fuhr in der Beratung des Haushalts des Reichsministeriums des Innern beim Kapitel Reichskommissar für die öffentliche Ordnung, Polizei und Technische Nothilfe fort. Damit ist ein Antrag Müller-Franken verbunden, der sich mit dem

bayerischen Ausnahmezustand

beschäftigt.

Abg. Vogel (Soz.) wandte sich scharf gegen den bayerischen Ausnahmezustand. Er verlangte, daß der Reichstag dieses Unrecht von sich aus dadurch beseitigen müsse, daß er den Ausnahmezustand in Bayern außer Kraft setzt.

Abg. Dr. v. Dryander (Dtn.) betonte, man müsse fordern, daß die Reichsgewalt Einfluß auf die Handhabung der Polizeigewalt in den Ländern habe, schon um die erforderliche Einheitlichkeit in diesen bewegten Zeiten herzustellen. Es ginge nicht an, daß, wie es kürzlich geschehen sei, in einer Polizeibeamtenversammlung ein Kommunist unter lebhaftem Bravo der Versammlung zur Durchsetzung der Forderung der Entkasernierung der Schupo durch freigewerkschaftliche Machtpolitik aufgefordert habe.

Abg. Eichhorn (Komm.) führte aus, die Schutzpolizei sei bewußt zu einer Armee gegen die deutschen Arbeiter, gegen den Feind im Innern, aufgebaut und ausgebildet worden.

Abg. Berndt (Dtn.) erklärte, die Technische Nothilfe sei eine wirtschaftlich und politisch neutrale Einrichtung, die in großer Gefahr in nicht weniger als 4054 Fällen in lebenswichtigen Betrieben eingesetzt worden sei.

Staatssekretär Zweiger dankte für die warmen Worte des Vorredners für die Technische Nothilfe und bat, die im Haushaltsausschuß vorgesehene Streichung eines Teiles der Mittel für die Technische Nothilfe nicht zu genehmigen.

Abg. Groß (Ztr.) setzte sich für eine bessere Ausbildung und Besoldung der Schupo ein.

Der Abg. Rönneburg (Dem.) erklärte, seine Partei würde bei der Beratung im Rechtsausschuß für den sozialdemokratischen Antrag auf Beseitigung des bayerischen Ausnahmezustandes stimmen.

Nach weiteren Ausführungen des Abg. Dietrich-Thüringen (Soz.) wurde die Weiterberatung auf Freitag vertagt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Reichspräsident und Aufwertung.

Reichspräsident v. Hindenburg wird kommenden Dienstag eine Abordnung der Arbeitsgemeinschaft der Aufwertungsorganisationen zur Entgegennahme ihrer Wünsche und Darlegungen zu dem Aufwertungsgesetz im Beisein des Reichsjustizministers empfangen.

Wirtschaftsvertreter beim Reichspräsidenten.

Reichspräsident von Hindenburg hat Abordnungen verschiedener wirtschaftlicher Spitzenverbände empfangen. Erschienen waren Vertreter des Deutschen Industrie- und Handelstages, des Reichslandbundes, des Handwerks und des Deutschen Einzelhandels. Die verschiedenen Abordnungen übermittelten dem Herrn Reichspräsidenten ihre Glückwünsche zu seinem Amtsantritt und legten in längeren Ausführungen die Lage der einzelnen Zweige der deutschen Wirtschaft dar. Dem Vorstand des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen, der ebenfalls von dem Reichspräsidenten empfangen wurde, wünschte Hindenburg besten Erfolg in dem Bestreben, Leibesübungen zur Volksgewohnheit zu machen.

446 Millionen Fehlbetrag im Reichshaushalt.

Reichsfinanzminister von Schlieben teilte im Aufwertungsausschuß des Reichstags mit, daß nach den letzten Berechnungen ein vorläufiger Fehlbetrag von 446 Millionen Reichsmark im Haushalt vorhanden sei. Die Finanzlage des Reiches sei also sehr ernst, und man müsse sich klar darüber sein, daß zur Deckung des angegebenen Fehlbetrages ganz außergewöhnliche Maßnahmen eingeleitet werden müßten und daß unter keinen Umständen auf die Erhöhung der Spiel- und Tabaksteuer verzichtet werden könne. Von Interesse war noch die Mitteilung des Vorsitzenden des Aufwertungsausschusses, daß allein zum Aufwertungsgesetz bis 2274 Petitionen eingelaufen seien.

Frankreich.

× **Tumulte in der französischen Kammer.** Als Ministerpräsident Painlevé den Kammerkommissionen für auswärtige Angelegenheiten Bericht über die Lage in Marokko erstatten und den Abgeordneten das Versprechen strengsten Stillschweigens abnehmen wollte, widersetzten sich die Kommunisten dieser Aufforderung. Die Sitzung sollte dann in einem anderen Saal ohne die Kommunisten fortgesetzt werden, die sich den Eintritt durch Faustschläge und Fußtritte zu erzwingen suchten. Polizei mußte die Ruhe wiederherstellen. — An der Finanzpolitik Caillaux wird von den Sozialisten heftige Kritik geübt, so daß das Kabinett Painlevé wiedergefährdet erscheint.

China.

× **Zunehmende Spannung in China.** Der Pekinger Berichterstatter der halbamtlichen japanischen Nachrichtenagentur meldet, daß die Vertreter der führenden Organisationen Chinas gestern dem Kriegsminister folgende Forderungen vorgelegt haben: 1. Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Großbritannien, 2. Entsendung chinesischer Truppen nach allen Handelshäfen und Schutz der chinesischen Einwohner, 3. Kriegserklärung an Großbritannien. Der Minister erwiderte, die beste Politik würde sein, wenn man sich auf friedliche patriotische Betätigung beschränke und abwarte, bis die Ausländer zur Besinnung kämen. Aber wenn es zum Schlimmsten komme, so würde die Regierung nicht gegen die Erwartungen des chinesischen Volkes handeln.

Sitzung des Höfle-Ausschusses.

Berlin, 18. Juni. Der Höfle-Untersuchungsausschuß des Landtages konzentriert zurzeit seine Arbeit auf die Feststellung, wann und wodurch die entscheidende Verschlimmerung im Befinden Höfles eingetreten ist. Als Zeuge darüber, aber gleichzeitig noch über viele andere Punkte wurde heute der Oberstaatsanwalt Linde vernommen. Auch der Untersuchungsrichter Rothmann mußte erneut vor dem Untersuchungsausschuß erscheinen. Oberstaatsanwalt Linde wandte sich gegen die in der Presse vertretene Auffassung, daß seine Behörde nicht objektiv verfahren sei. Insbesondere wollte er sich gegen den Vorwurf einer antisemitischen Amtsführung verteidigen. Er verwies darauf, daß eine große Anzahl von Untersuchungsrichtern und Staatsanwälten, die in der Höfle-, Barmat- und Kutisker-Affäre tätig gewesen seien, der jüdischen und zum Teil auch der katholischen Religion angehörten. Deshalb könne von antisemitischen oder politischen Sonderbestrebungen der Staatsanwaltschaft und der Untersuchungsrichter doch kaum gesprochen werden. Untersuchungsrichter Dr. Rothmann erklärt auf das bestimmteste, daß er von dem Gefängnisarzt Dr. Thiele niemals eine Mitteilung erhalten habe, daß Höfle in Lebensgefahr gewesen sei. Als er an dem kritischen Sonntag, etwa gegen 11½ Uhr nachts, von dem Oberstrafanstaltsdirektor Bully darauf hingewiesen wurde, daß es Dr. Höfle sehr schlecht gehe und wegen der bei ihm eingetretenen Lungenentzündung eine Überführung in das Krankenhaus notwendig sei, habe er sein Einverständnis mit dem Wort: „Selbstverständlich" zum Ausdruck gebracht. Im übrigen vertritt Oberstaatsanwalt Dr. Linde die Auffassung, daß es Höfle bei einer Entlassung aus der Untersuchungshaft leicht gewesen wäre, ins Ausland zu fliehen.

Verbotene Studententagung.

Bonn, 18. Juni. Die Rheinlandkommission hat die Abhaltung des Deutschen Studententages in Bonn verboten mit der Begründung, die deutschen Behörden hätten sich zu wiederholten Malen unfähig gezeigt, die bei diesen Veranstaltungen stattfindenden Hetzereien zu verbieten.

Zusammentritt der Marokkokonferenz.

Madrid, 18. Juni. Die französisch-spanische Marokkokonferenz trat heute zu ihrer ersten Sitzung zusammen und besprach die Organisation einer wirtschaftlichen Blockade des Rif. Man beschäftigte sich weiter mit den Bedingungen, die man Abd el Krim vorschreiben wolle, falls er bereit sei, in Verhandlungen einzutreten, wozu er bei englischer oder italienischer Vermittlung geneigt sein soll.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Aufwertungsausschuß des Reichstages beendigte die erste Lesung des Gesetzes über die Aufwertung von Hypotheken und anderen Ansprüchen. Im allgemeinen wurden die im Kompromiß vorgesehenen Grundlinien berücksichtigt.

Berlin. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, wonach Wohnungsbauten auf die Dauer von etwa zehn Jahren von jeder gemeindlichen und landesgesetzlichen Grundsteuer oder ähnlichen Abgaben befreit werden sollen, um auf diese Weise den Bau von Neubauten wirksam zu fördern.

Berlin. Die bekannten Mitteilungen über die Ablehnung der Getreidemindestzölle durch die preußische Regierung werden amtlich bestätigt. Preußen will dafür Gegenleistungszölle, also Festsetzung von Fall zu Fall.

Berlin. Zu Ehren des scheidenden österreichischen Gesandten Dr. Riedl hat eine Reihe von Abschiedsfestlichkeiten stattgefunden. Dr. Riedl wird am 19. Juli dem Reichspräsidenten sein Abberufungsschreiben überreichen.

Berlin. Der Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände sprach sich in einer Versammlung im Reichswirtschaftsrat nach einer Rede des Universitätsprofessors Dr. Bonn scharf gegen die neuen Zollpläne aus.

Saarbrücken. Am 22. Juni findet in Saarbrücken eine Sitzung des Vorstandes des Deutschen Städtetages statt. Als wichtigster Punkt der Tagesordnung ist die Erledigung der auf dem Deutschen Städtetag in Hannover grundsätzlich beschlossenen Reichsstädteordnung vorgesehen.

Dortmund. Der westfälische Provinziallandtag billigte einstimmig den Plan, auf der Rabenklippe an der Oberweser bei Höxter und Corvey das Reichsehrenmal zu errichten. Der Oberpräsident und der Landeshauptmann der Provinz Westfalen besichtigten das Denkmalsgelände und beschlossen, an den maßgebenden Stellen für den vorgeschlagenen Denkmalsplatz sich einzusetzen.

Karlsruhe. Der Badische Landtag hat die Immunität des kommunistischen Abg. Ritter aufgehoben, der den Innenminister Remmele schwer beleidigt hat.

Wien. Vizekanzler Dr. Frank ist zum neuen österreichischen Gesandten in Berlin ernannt worden.

Washington. Senator La Follette, der kürzlich seinen 70. Geburtstag feierte, liegt schwerkrank danieder. Seine Ärzte teilen aber mit, daß Hoffnung auf Genesung besteht.

Verbannt.

Roman von Marg. von Oertzen-Fünfgeld.

26] (Nachdruck verboten.)

Und nun war Alexei ganz allein.

Er hatte nicht einmal mehr eine Zielscheibe für seine Handspiegel und andere Wurfgeschosse.

Herr von Müller ging ihm geflissentlich aus dem Wege, Gott weiß, warum.

Das Kurpublikum wechselte.

Da gab es sich ganz von selbst, daß diese alte Französin, Madame Dutitre, sich an ihn heranmachte. Und sie kannte den Köder, den sie an ihrer Angel befestigen mußte, um den vereinsamten Silberfisch zu fangen.

„Haben Sie schon gehört? Aber natürlich, Sie werden ja in regstem Verkehr stehen, mir erzählte meine Kammerfrau Alida: die Fürstin Sorontjeff soll unausstehlich hochmütig mit ihren Leuten umspringen — gar kein Vertrauen — die neunegagierte Jungfer soll schon gekündigt haben — also kurz: man erzählt sich die tollsten Sachen! Der Fürst, der früher im Rollstuhl jedem Sonnenstrahl nachgefahren wurde, übergießt sich jeden Tag zweimal mit kaltem Wasser! Ich bitte Sie, bei Schwindsucht mit kaltem Wasser! Diese Pferdekur ist die Erfindung der zarten jungen Frau. Die beiden Ärzte, die sich bisher Tag und Nacht um ihn bemühten, ohne die er keinen Schritt wagte, keine Speise zu sich nahm, nicht einmal vorgelassen wurden sie!"

Madame Dutitre mußte Luft schöpfen.

Ussopoff malte mit einem Stock Figuren in den Sand.

„Mademoiselle Georgette, die Jungfer, geht also am nächsten Ersten. Und weshalb?"

„Das weiß ich nicht," sagte der Graf verbissen.

„Weil man ihr zugemutet hat, ein total schmutziges, verwahrlostes, zerlumptes Proletarierkind zu waschen! Die Fürstin hatte es von einer Ausfahrt mitgebracht, sozusagen aus der Gosse aufgelesen, sie fand es wunderschön, fütterte es wie eine Prinzessin und — küßte es ab, so wahr ich hier sitze — küßte es ab! Brei wurde gekocht — Babykleider gekauft — sie soll sich ganz verrückt gehabt haben! Nehmen Sie mir es nicht übel, lieber Graf, aber das sind doch Instinkte —"

Da gedachte Ussopoff eines Hauses in den Weinbergen und eines Mannes, der auch einmal ein Kind auf der Straße aufgelesen hatte — wenn auch ein älteres —, und wiederholte mechanisch: „Das sind Instinkte."

Madame Dutitres Neuigkeitskoffer war noch nicht ausgepackt.

„Der Fürst soll ein sehr sonderbares Gesicht gemacht haben, als ihm diese Bescherung vor Augen kam. Genug, abends um acht befand sich der Wurm bei den Findlingen im Waisenhaus, die haben nun die Fürstin Aglaja Sorontjeff in die Reihen ihrer Heiligen einrangiert — ich frage Sie nun, lieber Graf: Ist das eine oder ist es keine? Und wäre es nicht viel besser gewesen, die kleine Frau hätte Sie geheiratet?"

Der Graf sprang auf. „Sie entschuldigen mich, Madame, ich bedaure, so interessante Ausführungen nicht mehr mit anhören zu können, es ist die Stunde meines Diners."

„Die des meinen auch," fuhr die Dame hartnäckig fort. „Aber man hat auch Pflichten seinen Nebenmenschen gegenüber, und ich habe mir vorgenommen, mich etwas um Sie zu kümmern. Haben Sie zum Beispiel einen guten Diener?"

„Augenblicklich gar keinen. Meinen kleinen Letten schenkte ich der Fürstin Sorontjeff — er war ein albernes Kalb."

„Aber das ist ja affrös!" rief Madame Dutitre entsetzt. Meine Jungfer, Mademoiselle Alida, hat mir neulich einen brillant dressierten Menschen empfohlen, Vollblutpariser, das heißt, eigentlich Genfer, aber das ist dasselbe — augenblicklich ohne Stellung, weil er sich an die Manieren seiner letzten Herrschaft nicht gewöhnen konnte — dieser ausgezeichnete Mensch würde Ihnen eine ganze Gesellschaft ersetzen.

„Ich bin es nicht gewöhnt, mich von meiner Dienerschaft unterhalten zu lassen."

Madame Dutitre erhob sich steif.

„Wie Sie wünschen," sagte sie gekränkt, „ich finde immer, man beurteilt Leute von Welt nach den Dienern, die sie um sich haben. Adieu."

Am nächsten Morgen hatte Ussopoff den Diener vor sich, einen älteren, großgewachsenen Mann mit einem glattrasierten Totenmaskengesicht und der schleichenden Beweglichkeit des geschulten Kavalierbedienten.

Der Graf fühlte sich zunächst etwas in seiner tatarischen Ursprünglichkeit beengt; aber schließlich gewöhnte er sich daran, in François' Gegenwart das Kulturprodukt herauszukehren.

Und der Mann hatte so eine angenehme Art, seinen Herrn zu erraten. Er wußte, wann ihn hungerte oder durstete, bevor es dem Grafen selbst noch recht zum Bewußtsein gekommen. Er wußte, wo ihn der Schuh drückte.

Und eines Abends, während er das Haar des Grafen abwechselnd mit wohlriechender Essenz und mit der Bürste bearbeitete, wagte er einen kleinen Vorstoß.

„Herr Graf sollten nicht so grübeln, Herr Graf sollten sich zuweilen amüsieren, ausgehen!"

„Ausgehen? Wozu? Wohin? Weshalb? In den Kursaal zu diesen alten Wachteln und Basen. Mir wird übel, wenn ich an sie denke!"

François, der genau wußte, wer mit den alten Wachteln gemeint war, ging doch nicht näher auf das Thema ein.

„Wer geht auch in den Kursaal? Da gibt es andere Gegenden."

„Schweigen Sie mir von den Bergen! Ich habe genug davon, wenn ich sie von unten besehe! Gräßlich aufdringlich sind sie!"

„Aber ich bitte, Erlaucht, wie könnte es mir einfallen, Ihnen diese alberne Naturabgötterei zu empfehlen! Wer Appetit verspürt nach getrüffeltem Wildbraten, dem kommt man nicht mit einem Glase Alpenmilch."

Ussopoff lachte laut auf.

„Heraus damit! Was ist's mit Ihrem Wildbraten?"

(Fortsetzung folgt.)

Wir und Rußland.

Man spricht in Moskau von einem Einschwenken Deutschlands in die englische, also antirussische Front, wenn wir den Sicherheitspakt mit den kontinentalen Westmächten abschließen sollten. Man malt an die Wand eine Verständigung mit Frankreich über Deutschland hinweg. Sogar mit Polen wolle man sich vertragen, wenn Deutschland an seiner bisherigen englandfreundlichen Politik festhalte.

Wir in Deutschland nehmen diese Drohungen nicht leicht. Aber wir müssen feststellen, daß Rußland nicht sehen will, in welcher Zwangslage wir sind. Das hat Rußland niemals sehen wollen. Schon die Unterzeichnung des Londoner Pakts, also eines rein wirtschaftlichen Übereinkommens, hat den russischen Volkskommissar für das Auswärtige, Herrn Tschitscherin, zu derartigen Drohungen veranlaßt, wie sie jetzt wieder erhoben werden. In Moskau markierte man den Überraschten: Deutschland sei von dem Wege abgewichen, den es beim Abschluß des Vertrages von Rapallo mit Sowjetrußland eingeschlagen habe. Und schon im September vergangenen Jahres holte man in Moskau das Gespenst einer russisch-französischen Verständigung auf Kosten Deutschlands hervor.

Rußland ist uns nicht gleichgültig gewesen; der kühne, fast überkühne Wurf des Rapallovertrages hat das bewiesen. Wir setzten uns den schwersten Vorwürfen Englands, Frankreichs und namentlich Amerikas aus, denn es war der erste Vertrag, den eine europäische Macht mit der Sowjetregierung abgeschlossen hatte und in dem diese Regierung als rechtmäßig anerkannt war. Man bedenke doch, daß England und Amerika heute noch keinen offiziellen Gesandten in Moskau sitzen haben.

Verträge haben aber nur dann Zweck, wenn aus ihnen eine Interessenförderung beider Kontrahenten entspringt. Wir machen keine russenfreundliche Politik um der schönen Augen der Sowjetregierungsleute willen; wir machen sie und machten sie, weil eine politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit der beiden Mächte, die die eigentlichen Besiegten des Weltkrieges sind, in ihrer beider Interesse lag. Nur hat Sowjetrußland schon seit langem gar kein Interesse an einer aktiven politischen Rolle auf dem europäischen Kontinent. Gewiß ist es Gegner Polens und letztes Ziel der russischen Politik wird immer die Wiedererwerbung der 1918 entstandenen Randstaaten, die Rückgewinnung namentlich jener Gebiete sein, die, von Russen bewohnt, jetzt Polen zugehören. Aber die eigentliche Aktivität der russischen Politik geht gar nicht nach Westen oder Südwesten: sie geht nach dem Osten, dem Fernen Osten. Der Kampf um China, das Bündnis mit Japan, nicht zuletzt auch das allmähliche Heranwühlen an die englische Interessensphäre in Vorderasien und Indien ist Inhalt der jetzigen Politik der Sowjetregierung. Sie ist in gewissem Sinne fast imperialistischer noch als die der letzten beiden Zaren. Und wie die Politik dieser beiden mit asiatischen Zielen gesetzt. Daß sich Zar Nikolaus nach der Niederlage von 1905 wieder gen Westen wandte, war ein Erfolg englischer Politik.

Die wirtschaftlichen Hoffnungen, die wir an den Rapallovertrag knüpften, sind fraglich geworden angesichts der Hartnäckigkeit, mit der die Sowjetgewaltigen an ihrem wirtschaftlichen Staatssozialismus festhielten. Die deutsche Wirtschaft hat für die Versuche einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetregierung große Verluste erlitten, noch größere Pläne sind restlos gescheitert. Was aber das Verhältnis zwischen uns und Rußland noch besonders verstimmte, waren die unablässigen Versuche aus Moskau, in deutsche innerpolitische Verhältnisse sich einzumischen, der deutschen Regierungspolitik Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Man hat die Empfindung, daß Rußland es sehr gern sehen würde, wenn wir ihm die Kastanien aus dem Feuer holen würden, aber nicht daran denkt, etwa um unserer schönen Augen willen Politik zu machen. Die Einsätze sind zu ungleich, nur will man das in Moskau nicht wahr haben.

Noch einmal: wir unterschätzen die russischen Drohungen nicht. Weiß man doch, daß trotz Rapallovertrag seit langem das Sehnen der Sowjetgewaltigen dahin geht, aus ihrer politischen Abkapselung herauszukommen und von allen Großmächten anerkannt zu werden. Die Verhandlungen mit England haben bewiesen, welch hohen Preis man dafür zahlen wollte. Nicht zuletzt ist die antienglische Politik Moskaus nur Mittel zum Zweck. Derartige Gegensätze sind ja niemals ewig gewesen. Und es wäre falsche Politik, mit einer Unabänderlichkeit dieser Gegensätze rechnen zu wollen. Wurde doch innerlich, geistig wie organisatorisch, der russische Kommunismus in den letzten Jahren ein ganz anderer.

Die russische Karte in unserem Spiel sticht also nicht und wir müssen uns klar darüber sein, daß sie nicht wertvoller wird dadurch, wenn Moskau sie anpreist. Klar auch darüber sein, daß man in Paris und London die Nichtstichfestigkeit dieser Karte auch kennt. Und am allerwenigsten kann unser Sicherheitsvorschlag ein Einschwenken in die antirussische Front bedeuten, wie man in Moskau behauptet. Die gleiche Behauptung hat man ja auch aufgestellt, als die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund besprochen wurde. Vielleicht ist klar geworden, hat man auch in Moskau eingesehen, daß wir gar nicht daran denken, unsere Lebensinteressen derartigen Phantomen zu opfern; gerade unter ausdrücklichem Hinweis auf unser Verhältnis zu Rußland hat erst vor kurzem der verantwortliche Leiter der deutschen Außenpolitik es abgelehnt, Bindungen einzugehen, die sich allzu deutlich gegen Rußland richten. Man denke an unsere Ablehnung des Völkerbundvorschlages über die Völkerbundexekutive im Kriegsfall.

Man wird drohen in Moskau; wir werden uns aber trotzdem nicht von der Linie abbringen lassen, unseren realen Vorteil bei jeder politischen Konstellation als das allein Maßgebende zu betrachten, weil wir am allerwenigsten in der Lage sind, utopistische Politik zu treiben.

Lokales und Provinzielles.

Merkblatt für den 20. Juni.

Sonnenaufgang	3^{39}	Mondaufgang	3^{26} V
Sonnenuntergang	8^{24}	Monduntergang	7^{28} N

1853 Literarhistoriker Erich Schmidt geb. — 1895 Eröffnung des Nordostseekanals.

□ **Weitere Hinausschiebung der Vermögenssteuervorauszahlung vom 15. Mai 1925.** Mit Rücksicht darauf, daß der Entwurf des Vermögenssteuergesetzes vom Reichstag bisher noch nicht verabschiedet werden konnte, hat der Reichstag, wie bekannt, nochmals ein Initiativgesetz angenommen, nach dem die Erhebung der Vermögenssteuervorauszahlungsrate vom 15. Mai, die bereits durch ein Initiativgesetz bis zum 15. Juni hinausgeschoben war, nunmehr bis zum 15. August 1925 ausgesetzt wird. Die Vorauszahlung braucht also zurzeit nicht entrichtet zu werden.

□ Der Haus- und Grundbesitzer-Verein hatte am vergangenen Mittwoch in den Saal des „Schles. Adler" zu einer öffentlichen Versammlung einberufen, in der über „Wichtige Gemeindeangelegenheiten" beraten werden sollte. Nach begrüßenden Worten des Vorsitzenden, Herrn Studienrat Schnell, forderte er die Anwesenden auf, zu der kurz bevorstehenden Neuwahl unseres Gemeindevorstehers Stellung zu nehmen. Die Ausführungen der einzelnen Redner hatten von vornherein und durchweg einen äußerst erregten Charakter und gingen zum Teil auf das Persönliche hinaus. Sie alle gipfelten in der Aufforderung, dahin zu wirken, daß Herr Neugebauer nicht wieder an die Spitze unserer Gemeinde gestellt werden möge. Eine am Schluß der Versammlung verlesene Entschließung in diesem Sinne fand seitens des größten Teiles der Anwesenden Annahme, während andere erklärten, öffentlich zu dieser Angelegenheit weder Stellung nehmen zu können noch zu wollen.

□ Der Fremdenheimverein hielt am gestrigen Donnerstag im Hotel „Zur Linde" seine Monatsversammlung ab. Nach Begrüßung der Erschienenen durch den Vorsitzenden, Herrn Drehmer, wurde gleich zur Tagesordnung übergegangen. Es waren zunächst zwei Punkte, die in längerer Aussprache behandelt wurden. Erstens wurde in verschiedenen Ortsteilen ein die Badegäste störender Lärm gerügt, z. B. an einigen Stellen am Zacken entlang, wo Hühner, Gänse, Hunde und sogar Kühe zu nachtschlafender Zeit sich unangenehm bemerkbar machen. Es wurde bereits im Vorjahre seitens einiger Fremdenheimbesitzer längs des Zackens darüber Beschwerde erhoben, da selbst ärztlicherseits diese Gegend als „Radauviertel" benannt wurde. Warmbrunn ist kein Dorf, wo die Haustiere nach Belieben in den frühesten Morgenstunden herausgelassen werden dürfen, sondern ein Badeort, in dem gegen derartigen Lärm Beschwerde erhoben werden muß, was auch vom Verein aus an zuständiger Stelle geschehen wird. Desgleichen wurde gerügt, daß die Mittagspause von 1—3 Uhr an öffentlichen Plätzen, z. B. am Neumarkt, durch spielende Kinder ebenfalls viel Störung geschieht und sich die dadurch Betroffenen von den Kindern vorlaute Antworten anhören müssen, wenn ihnen das Lärmen verboten wird. Anschließend hieran wurden Beschwerden über die Rauchbelästigung durch den der Baufirma Conrad gehörigen Traktor geäußert; doch erfahren wir hierzu, daß Badeverwaltung und Amtsvorstand bereits entsprechende Schritte zur Abhilfe unternommen haben. Verschiedentlich gingen Beschwerden ein, daß von Erholungsgästen ebenfalls Kurtaxe erhoben wird. Dieselben werden dahin verwiesen, daß den betr. Gästen dafür auch etwas geboten wird und daß die Badeverwaltung viel Geld zur Verschönerung des Badeortes anwendete, was von den Badegästen vielfach anerkennend erwähnt wurde. Erholungsgäste, die die Kurkosten scheuen, brauchen dann ja nur nach Hain Giersdorf oder irgend wo anders hin zu gehen. Es ist von der Verwaltung angeregt worden, daß sich die Fremdenheime sogen. „Beschwerdebücher" anlegen sollen, an deren Hand sie dann die Wünsche der Badegäste zum Ausdruck bringen, welchen evtl. Rechnung getragen werden kann. Berechtigte Beschwerde wurde vom Verkehrsbüro gegen die Fremdenheimbesitzer vorgebracht, die ihre besetzten Räume nicht abmelden, sodaß dem Büro unnötige Arbeit und Verdruß entsteht. Anschließend an eine Debatte über die Beherbergungssteuer wurde das Thema „Wilde Vermieter", wie oft schon, wieder berührt. Erwähnt wurde noch, daß die Fleischpreise gestiegen seien und die Vermieter reinesfalls mit den Pensionspreisen heruntergehen sollten. Für Benutzung des Fernsprechers am Ort sollen 20 Pf. und für Ferngespräche 10 Proz. Zuschlag erhoben werden. — Nächste Sitzung im Juli in der „Linde". Irgendwelche Beschwerden der Mitglieder möchten vor derselben schriftlich beim Vorsitzenden eingereicht werden damit sie am Sitzungstage schneller erledigt werden können.

□ Kurtheater. Oskar Strauß' „Letzter Walzer" gehört sicherlich zu den Operetten, die man unter dem heut obligaten Massenkitsch in diesem Genre gern wieder einmal als soliden, alten Bekannten wiedersieht. Das bewies auch hier am Donnerstag ein nahezu ausverkauftes Haus. Die Aufführung ließ den Solisten gegenüber kaum einen Wunsch offen: Rita Atlasz (Vera Lisaweta) brillierte stimmlich und „kostümlich", mehr Sorgfalt müßte sie lediglich auf saubere pointierte Sprechweise im Monolog und Dialog verwenden (Operette ist nicht Oper!); Anton Diegel (Graf Sarasow), figürlich besonders sympathisch, war mit Leib und Seele bei der Sache und gab seinem angenehmen Tenor stets den rechten Ton; Trude Leibner ausgezeichnet als Babuschka, das Küken. Man sieht sie stets gern die Szene be—hüpfen; Franz Stick gab dem täppischen Ippolith, was er ihm zu geben vermochte. Das machte diesen Ippolith entschieden sympathisch. Was Herrn Stick als Buffo fehlt, das ist Routine im — Tanzen. Mehr Freiheit in der Art, wie wir einen Buffo auf den Brettern zu sehen gewöhnt sind, stellt sich nach Beseitigung dieses Manko von selbst ein; Rudolf Frank, der auch für die Spielleitung verantwortlich zeichnete, war darstellerisch die beste Leistung des Abends; Adolf Callenbach hatte in seiner famosen Type als Onkel Jaroschkin schon mit dem Moment seines Auftretens alle Sympathien für sich; unter den Chargen — die männlichen machten sich durch großen Eifer sehr angenehm bemerkbar — gebührt dem Kapitän Raunicski von Siegfried Cardo ein besonderes Kompliment. Das Gros der weiblichen Darsteller ließ manchen Wunsch offen. Sie sollten mehr fürs Publikum, als ins Publikum spielen!. Mima Fürstbauer erntete reichen Beifall für eine Tanz-Einlage im 2. Akt, Kapellmeister Füystbauer hatte das Ganze fest in der Hand. Ein schwerer „Patzer" im zweiten Akt konnte ohne seine Sicherheit und Geistesgegenwart leicht peinlich werden. Den vermutlich elegant sein — sollenden verschiedenen fürstlichen Gemächern fehlte nichts — außer Eleganz. — Zusammengenommen: eine saubere, anständige Aufführung, der zwar der letzte Schliff fehlte, die aber noch einige gute Häuser machen wird. Ihr Besuch sei wärmstens empfohlen.

* Kurtheater. Heute Freitag 7½ Uhr findet eine nochmalige Wiederholung des überaus lustigen Schwankes „Der wahre Jakob" statt. Sonnabend: geschlossen. Sonntag abend der große Operettenschlager „Der letzte Walzer" von Oskar Strauß.

□ Gesangskonzert. Am Sonntag, den 28. Juni veranstaltet Herr Kantor C. Kasper im Kurpark ein Gesangskonzert, welches ein sehr reichhaltiges Programm aufweisen wird. Außer den Kinderchören (Kunstlieder, Volkslieder, Marschlieder) wird der Gesangverein „Harmonie" unter Leitung seines Chormeisters Herrn P. Elger einige Männerchöre zu Gehör bringen. Am Schluß des Programms vereinigen sich beide Chöre zu einem Massenchor von 180 Sängern, der vom angebauten Pavillon im Kurpark einige Chöre darbieten wird. Hoffentlich ist diesem Gesangskonzert recht schönes Wetter beschieden.

□ Falschmeldung. Die von einem hiesigen Blatte verbreitete Mitteilung, derzufolge Herr Kantor Kasper von der hiesigen evangelischen Schule zum 1. 10. versetzt werden soll, entspricht in keiner Weise den Tatsachen und ist völlig aus der Luft gegriffen. Herr Kantor Kasper bleibt hier nach wie vor im Amt.

□ Das Kuska-Brandes-Quartett veranstaltet, wie im vorigen Jahre, am 27. Juni abends 8 Uhr im „Preußischen Hof" einen Liederabend. Von der einheimischen und auswärtigen Presse sind diese Veranstaltungen aufs beste besprochen worden. Die Warmbrunner und Herischdorfer dürften an diesem Konzert noch ein besonderes Interesse haben, gilt es doch eines heimischen Künstlers, Herrn Kuskas Ausbildung zu verfolgen, dessen Stimme uns schon hohe Kunst zum Vortrag brachte.

= Vom niederschlesischen Jugendherbergwesen. Das Herbergswesen hat im letzten Jahre wiederum die Förderung durch alle staatlichen und örtlichen Behörden, sowie durch die Gönner erfahren. Regierungspräsident Büchting stellte namhafte Summen zum Ausbau der Bolko- und der Neidburg zur Verfügung, Landrat Freiherr von Rabenau (Lauban) wußte weite Kreise für den Ausbau der Neidburg mobil zu machen. Ende des vorigen Jahres gab es in Niederschlesien 18 Ortsgruppen mit 120 Jugendherbergen. Eine Anzahl von Städte sind der Anregung des Verbandes, einen Jahresbeitrag von 1 Pf. für den Kopf der Bevölkerung zu zahlen, gefolgt.

= Die Regierung und die Beschäftigung der Schulamtsbewerber. Gegenwärtig ergeht an alle noch nicht im öffentlichen Schuldienst verwendeten Schulamtsbewerber auf Wunsch des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung durch die Schulabteilung der zuständigen Regierung eine Rundfrage, in der sie aufgefordert werden anzugeben, in welchem Berufe sie gegebenenfalles am 20. Juni 1925 beschäftigt waren. Die Erhebung wird zweifelsohne ein Bild von der herschenden Not geben, die mehr als ein Tropfen Wasser auf den heißen Stein bedeutet.

Hirschberg, 18. Juni. Aus einer eichenen Kassette einer Wohnung in der Seydelstraße wurden 3 goldene Broschen im Werte von 700 Mk. gestohlen. Eine davon hatte dunklen Amethyst und echte Perlenverzierung. Zwei waren mit Mattgold und eine mit Glanzgold eingefaßt. Vor Ankauf wird gewarnt.

Steinbach, 18f Juni. (Vorsicht beim Baden.) Der Elektrolehrling M. von hier verletzte sich beim Baden in der Neisse. Ein scharfer Gegenstand schnitt ihm in die Fußsohle eine tiefe Wunde, daß der Arzt zugezogen werden mußte.

Haynau, 18. Juni. (Explosion.) Gestern morgen explodierte im Neubau der Haynauer Papierfabrik die neue Kraftstation. Das über zwölf Meter große Schwungrad wurde vollständig zertrümmert und einzelne Stücke des Rades in einem Umkreis von 100 Metern umhergeschleudert. Der Dachstuhl ist in die Luft geflogen. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Frankenstein, 18. Juni. (Unter der Mähmaschine.) In eine furchtbare Situation geriet in Quickendorf der auf dem Pohlschen Gut bedienstete Kutscher Reinhold Sauer. Er warf sich den scheugewordenen Pferden vor der Mähmaschine entgegen, wurde jedoch unter die Messer der Maschine gerissen und am Kopf und an den Beinen schwer verletzt.

Neurode, 18. Juni. (Sturz aus der Achterbahn.) Glück im Unglück hatte auf dem Schützenplatz ein Betrunkener, der trotz seines Zustandes eine Fahrt auf der Achterbahn wagte. Er wurde, als er sich zu weit nach vorn beugte, in weitem Bogen aus dem Wagen geschleudert. Obwohl er unsanft auffiel, hat der gefährliche Sturz dennoch für ihn keine ernsten Folgen gehabt.

Nah und Fern.

○ **25jähriges Jubiläum der Preußischen Handwerkskammern.** Die Preußischen Handwerkskammern begehen in diesem Jahre das Fest ihres 25jährigen Jubiläums. Der preußische Handelsminister Dr. Schreiber wohnte der festlichen Veranstaltung der Berliner Handwerkskammer, die ihr Jubiläum bereits gefeiert hat, bei und nahm diese Feier zum Anlaß, allen Preußischen Handwerkskammern die Anerkennung und den Dank der preußischen Staatsregierung zum Ausdruck zu bringen. An den Reichspräsidenten als Ehrenobermeister des deutschen Handwerks wurde ein Huldigungstelegramm gesandt.

○ **Ausstellung der Entwürfe des Tannenbergdenkmals.** Im Architekturmuseum der Technischen Hochschule in Berlin-Charlottenburg wurde eine Ausstellung der Wettbewerbsarbeiten für das Denkmal der Schlacht bei Tannenberg, das bei Hohenstein in Ostpreußen errichtet werden soll, eröffnet. Der mit dem ersten Preise gekrönte Entwurf von Walter und Johann Krüger-Charlottenburg ist in seinen Linien und Maßen dem Charakter der ostpreußischen Landschaft angepaßt. Weitere Preise fielen an Max Roenseberger (Remscheid), Hermann Esch—Arno Anke (Mannheim), Kurt Frick (Königsberg i. Pr.) und Hermann Billings (Karlsruhe).

○ **Eckeners Polarflugplan.** Dr. Eckener wird sich in den nächsten Tagen wiederum nach Berlin begeben, um seine Verhandlungen über die geplante Zeppelinexpedition nach dem Nordpolgebiet fortzusetzen. Er hofft, daß noch in dieser Woche die Entscheidung darüber fallen wird, ob es möglich ist, in einem eigens dazu gebauten Zeppelinluftschiff die Erforschung der Nordpolgegenden vorzunehmen. Die Expedition würde, wenn sie sich ermöglichen läßt, ein rein deutsches wissenschaftliches Unternehmen sein.

Das blonde Haar

erfordert besonders sorgfältige Pflege, da es leicht streifig und dunkel wird. Alle 8 bis 14 Tage eine Kopfwäsche mit Schaumpon mit dem schwarzen Kopf mit Kamillenzusatz erhält die gleichmäßige Farbe des Haares und gibt diesem ein duftiges, volles und glänzendes Aussehen. Ein Paket kostet nur 20 Pfennig. Man achte genau auf die altbekannte Schutzmarke und lasse sich nichts anderes als ebensogut oder besser empfehlen.

Alleiniger Hersteller: HANS SCHWARZKOPF, BERLIN-DAHLEM.

○ **Ein Autobus mit 50 Personen umgestürzt.** Auf der Landstraße von Schwerte nach Westhofen ereignete sich ein Autounglück. 50 Personen aus Hagen, die an der Stahlhelmfeier auf der Hohensyburg teilgenommen hatten, benutzten für die Heimfahrt nach Hagen einen Autobus. Bei der Hosener Mühle überschlug sich das Auto. Nach den bisherigen Meldungen sind 30 Personen mehr oder weniger schwer verletzt.

○ **Studentische Kundgebungen gegen einen Professor.** Der Professor an der Technischen Hochschule in Hannover Privatdozent Dr. Lessing hatte vor der Reichspräsidentenwahl in einem Prager Blatt gegen Hindenburg politisch Stellung genommen. Völkische Studierende der Hochschule verlangten deshalb, unterstützt vom Rektor und vom Senat, seine Entfernung aus dem Lehramt. Nachdem der preußische Unterrichtsminister ein Vorgehen gegen Lessing abgelehnt hatte, konnte der Hochschullehrer seine unterbrochenen Vorlesungen wieder aufnehmen. Schon die erste Vorlesung jedoch wurde durch einen starken Trupp Studenten, die die Tür des Vorlesungssaales gesprengt hatten, gestört. Dem Rektor gelang es schließlich, die Menge zu beruhigen.

○ **Die Luxhavener Wattenläufer gerettet.** Die Meldung von dem Ertrinken von vier Personen beim Wattenlaufen bestätigt sich nicht. Sonntag nachmittag begaben sich drei Herren und zwei Damen vom Familienbad aus ins Watt und kamen bis an den Rand des Priels. Hier wurden sie in den Strom gezogen. Als sie die drohende Gefahr erkannten, riefen sie laut um Hilfe, und sofort eilten zwei Badewärter mit einem Rettungsboot und andere Personen an die Unglücksstelle. Ein glücklicher Zufall kam den Schwerbedrängten zu Hilfe, da sie von der Dünung, die ein gerade vorüberfahrender großer Dampfer verursachte, nach dem Strande zu gedrängt und auf eine Sandbank getrieben wurden. Das Rettungswerk hatte Erfolg.

⊙ **Bei einer Hochgebirgstour erfroren.** Wie aus Innsbruck gemeldet wird, ist ein Deutscher, der Stadtoberbaurat Meyer aus Stuttgart, auf einer Bergtour im Karwendelgebirge erfroren. Er bestieg mit einem Begleiter die 2570 Meter hohe Hochlanzel und blieb auf dem Abstieg erschöpft auf einem Schneefeld liegen. Inzwischen brach die Nacht herein und der Begleiter verirrte sich, so daß er erst am nächsten Morgen Leute zur Hilfeleistung herbeiholen konnte. Als man den Zurückgebliebenen fand, war er bereits tot.

⊙ **Große Wolfsrudel in Estland.** Die Wanderung von Wölfen und anderen Raubtieren aus den nördlichen und östlichen Wäldern Rußlands nach Westen ließ ein Auftreten dieser Raubtiere in den Randstaaten schon lange befürchten. Nachdem in Litauen schon vor Monaten große Wolfsrudel aufgetreten waren, kommen nunmehr auch aus Estland Nachrichten über massenhaftes Erscheinen von Wölfen in den Waldgebieten. Die Wölfe haben bereits bedeutenden Viehschaden angerichtet.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Im Prozeß der Wohnstätten G. m. b. H.** beantragte am dritten Verhandlungstage die Verteidigung die Ladung neuer Zeugen, u. a. des Reichsfinanzministers v. Schlieben. Das Gericht behielt sich eine Beschlußfassung hierüber vor. Beschlossen wurde eine Besichtigung des Ateliers der Trianonfilmgesellschaft. Darauf begann die Zeugenvernehmung.

§ **Verurteilung eines früheren völkischen Reichstagsabgeordneten.** Der frühere völkische Reichstagsabgeordnete Fahrenhorst hatte im Dezember vorigen Jahres in einer Versammlung in Quedlinburg von den „Lappen der Republik: Schwarz-Rot-Mostrich" gesprochen. Wegen dieser und anderer Äußerungen hatte er sich jetzt vor dem Quedlinburger Schöffengericht zu verantworten. Er wurde unter Zubilligung mildernder Umstände zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt.

§ **Zuchthausstrafe für den Kommunisten Hanf.** Im Prozeß gegen den Kommunisten Hanf aus Mannheim fällte der Süddeutsche Senat des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik das Urteil, das wegen Vergehens nach § 7 des Sprengstoffgesetzes und wegen unbefugten Waffenbesitzes auf drei Jahre Zuchthaus und 300 Mark Geldstrafe lautet. Ein Jahr Untersuchungshaft und die Geldstrafe werden angerechnet.

Arbeiter und Angestellte.

Berlin. (Anschluß des Deutschen Bankbeamtenvereins an den Gewerkschaftsring.) Der Deutsche Bankbeamtenverein, der mit rund 54 000 Mitgliedern 53 % aller kaufmännischen Angestellten im Bankgewerbe umfaßt, hat sich dem freiheitlich-nationalen Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände angeschlossen.

Duisburg. (Der Hafenarbeiterstreik geht weiter.) Die Hafenarbeiter haben den Schiedsspruch für die Beilegung des Konflikts im Duisburg-Ruhrorter Hafen mit großer Mehrheit angenommen. Die Arbeitgeberorganisation, der Hafenbetriebsverein, hat dagegen den Schiedsspruch abgelehnt. Daraufhin haben die Hafenarbeiter beschlossen, den Streik verschärft fortzusetzen. Gleichzeitig wurde die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches beantragt.

Kassel. (Streik städtischer Arbeiter.) Der Streik der städtischen Arbeiter hat über Kassel hinaus auch auf andere größere Orte des hessen-nassauischen Wirtschaftsverbandes übergegriffen. So sind in Eschwege und Fulda die Gemeindearbeiter bereits in den Ausstand getreten, ebenso in Bad Nauheim, Friedberg und Wetzlar. Es besteht die Befürchtung, daß sich der Streik über ganz Hessen-Nassau und einen Teil Oberhessens ausbreiten wird.

Spiel und Sport.

Sp. **Eine Million Mark Reichsmittel für das Berliner Sportforum.** Der Reichstag hat zum Erweiterungsbau des Stadions im Grunewald bei Berlin eine Million Mark bewilligt. Die preußische Staatsregierung hatte den Grundstein zu dieser Erweiterung gelegt, indem sie dem Deutschen Reichsausschuß für Leibesübungen ein 15 Hektar großes Gelände pachtweise auf 30 Jahre gegen eine Anerkennungsgebühr überließ.

Sp. **Ein Wanderpreis des Reichspräsidenten.** Der Reichspräsident hat aus Anlaß der Rheinischen Jahrtausendfeier für den Wettkampf der Rheinischen Heimatsstaffel einen Ehrenpokal gestiftet, der als Wanderpreis vergeben wird. Der Fuß des Pokals wird aus den Gestalten der fünf rheinischen Hauptflüsse gebildet.

Sp. **Die Schülerin als Kanalschwimmerin.** Gertrude Ederle, ein neues amerikanisches Schwimmwunder, will sich an Bord der „Berengaria" nach Europa begeben, wo sie versuchen wird, den Kanal zu durchschwimmen. Gertrude Ederle, die noch zur Schule geht, hat erst kürzlich in Amerika zwei neue Weltrekorde im Schwimmen aufgestellt.

Börse und Handel.

Amtliche Berliner Notierungen vom 18. Juni.

* **Börsenbericht.** Nach anfänglichen Schwankungen war der Verlauf der Börse fest und lebhaft. Am Anleihemarkt herrschte eine starke spekulative Bewegung. Es waren in bezug auf die Aufwertung die verschiedensten Gerüchte in Umlauf. Ferner tauchte das Gerücht auf, daß bei Reichsanleihen die Unterscheidung zwischen Alt- und Neubesitz aufrechterhalten werden, bei bundesstaatlichen Anleihen dagegen in Wegfall kommen soll. Daraufhin gaben 5 %ige Reichsanleihen von 0,465 % auf 0,420 % nach. Dagegen zogen 3½ %ige preußische Konsols von 0,59 % auf 0,68½ % an.

* **Devisenbörse.** Dollar 4,19—4,20; engl. Pfund 20,38 bis 20,43; holl. Gulden 168,47—168,89; Danz. 80,81 bis 81,01; franz. Frank 19,72—19,76; belg. 19,53—19,57; schweiz. 81,46—81,66; Italien 15,41—15,45; schwed. Krone 112,23—112,51; dän. 79,95—80,15; norweg. 71,01 bis 71,19; tschech. 12,43—12,47.

* **Eiernotierung der Berliner Eierbörse.** a) für inländische Eier: große, vollfrische, gestempelte Inlandseier 14 Pf., frische Inlandseier über 55 Gramm 11½—12 Pf., frische Inlandseier unter 55 Gramm 10½—11 Pfg. b) für ausländische Eier: extra große Eier 13¼—13¾ Pf., große Eier 11½—11¾ Pf., normale Eier 8—9½ Pf., abweichende Eier 7½—8¼ Pf., kleine und Schmutzeier 6—7 Pf. Tendenz ruhig.

* **Produktenbörse.** Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm.

	18. 6.	17. 6.		18. 6.	17. 6.
Weiz., märk.	266-269	264-267	Weizkl. f. Brl.	13,4-13,5	13,5
pommerscher	—	—	Roggkl. f. Brl.	14-14,2	14,1-14,2
Rogg., märk.	211-215	210-214	Raps	360-370	360-370
pommerscher	—	—	Leinsaat	—	—
westpreuß.	—	—	Viktor.-Erbs.	25-29	25-29
Futtergerste	200-215	200-215	kl. Speiseerbs	24,5-26	24-26
Braugerste	226-242	226-242	Futtererbsen	21-24	21-24
Hafer, märk.	232-240	231-239	Peluschken	21-23	21-23,5
pommerscher	—	—	Ackerbohnen	21-22	21-22
westpreuß.	—	—	Wicken	23-26	23-26
Weizenmehl			Lupin., blaue	10-11	10-11
p. 100 Kil. fr.			Lupin., gelbe	13,5-14,5	13,5-14,5
Bln. br. inkl.			Seradella	—	—
Sack (feinst.			Rapskuchen	15,6-15,8	15,6-15,8
Mrk. ü. Not.)	33,7-36,2	33,5-36	Leinkuchen	22,4-22,8	22,2-22,8
Roggenmehl			Trockenschtzl.	10,2-10,4	10,2-10,4
p. 100 Kil. fr.			vw. Zuckschn.	—	—
Berlin br.			Torfml. 30/70	10	10
inkl. Sack	29,2-30,5	29-30,5	Kartoffelfl.	19,2-19,4	19,2-19,6

* **Die Glashütter Uhrenwerke in Konkurs.** Über das Vermögen der in der ganzen Welt bekannten Deutschen Präzisionsuhrenfabrik G. m. b. H. in Glashütte ist der Konkurs eröffnet worden.

* **Berliner Häuteauktion.** Die 84. Versteigerung des Allgemeinen Häuteverwertungsverbandes G. m. b. H. findet am 30. Juni und am 1. Juli zu Berlin statt.

Vereins-Kalender.

Freiwillige Sanitätskolonne. **Freitag, d. 19. Juni, abends ½9 Uhr, Versammlung im „Deutschen Hause".**

M.-G.-V. „Harmonie". Freitag, den 19. Juni, Punkt ½9 Uhr, am „Schles. Adler" Uebungsabend. Es ist unbedingte Pflicht eines jeden einzelnen Sängers, die zwei Proben vor der Aufführung zu besuchen.

Militär-Verein, 2. Zug: Antreten zur Beerdigung des Kameraden Walsch: Sonnabend um 2 Uhr.

Radfahrerklub „Silesia". Sonnabend abend 8 Uhr Kommers im Kunst- und Vereinshause zu Hirschberg. Abfahrt der hiesigen Teilnehmer um 7,08 Uhr mit der Elektrischen vom Schloßplatz. — Sonntag, den 21. Juni, mittags 12,30 Uhr Abfahrt mit den Rädern nach Hirschberg ins Schützenhaus.

Schützengilde. Jeden Mittwoch, nachmittags von 2 Uhr ab: Schießen auf dem Schalzenberge.

Kur-Theater
Bad Warmbrunn
Freitag, 7,30 Uhr:
Der wahre Jakob
Schwank in drei Akten
von Franz Arnold und E. Bach
Sonnabend: Geschlossen.
Sonntag, 7,30 Uhr:
Grosser Lacherfolg!
Der letzte Walzer
Operette von O. Strauß.

Sommersprossen
Einfaches wunderb. Mittel teile jedem gern umsonst mit
W. F. Althaus
Heiligenstadt (Eichsf.)

Saubere, kräftige
Arbeiterinnen
finden sofort Beschäftigung
Erste Warmbrunner Biskuit- und Waffelfabrik Hermann Schneider.

Freundliches, möbliertes
Zimmer
separat, nähe Füllnerwerk, ab 1. Juli zu vermieten.
Weihrichsbergstr. 8, I. Et.

Ia. frische Zentrifugen-Butter
Postpaket 9 Pfund Inhalt, 1. Qualität 12.— Mk. 2. Qualität 11.— Mk., in ½ und 1/1 Pfund per Pfund 5 Pfennig teurer versende franko gegen Nachnahme
Korths Versandhaus, Marggrabowa
Ostpreußen.

Rheumatismus- und Ischias-Kranken
zur Kenntnis, daß ich durch das von Herrn **Stieling, Liegnitz, Gartenstr. 7** erhaltene **„Stielin"** innerhalb ½ Stunde von meinen furchtbaren Ischiasschmerzen befreit worden bin. **Walter Kocem.**

Kaufen Sie bei unseren Inserenten!

Kurpark Bad Warmbrunn
Sonntag, den 28. Juni, nachmittags 4 Uhr:
Großes
Gesangskonzert
der evangel. Schule
und des
Gesangvereins „Harmonie"
Bad Warmbrunn
Leitung: Kantor C. Casper und Chormeister P. Elger.
Kinderchöre, Männerchöre, Massenchöre.
Eintrittspreis: 75 Pfg., Vollkurkarteninhaber 25 Pfg.

Schützengilde Bad Warmbrunn, e. V.
Nach Beendigung des Königsschießens am 14. und 15. Juni nimmt die Gilde Veranlassung, den werten Einwohnern von Bad Warmbrunn—Herischdorf für den reichen Flaggenschmuck, den Vereinen für die Einholung der Gilde und des neuen Schützenkönigs den
innigsten Dank
auszusprechen.
Der Vorstand.

Hotel Preussischer Hof
Sonnabend, den 20. Juni cr.:
Erster
Gesellschaftsabend
Anfang 8½ Uhr
Erstklassige Musik der Jägerkapelle.

Jugendschriften-Ausstellung
Bad Warmbrunn
im **Zeichensaal** der **evangel. Volksschule** am **Sonntag**, den 21. und **Montag**, den 22. Juni 1925.
Geöffnet: Sonntag, vorm. 10 bis abends 7 Uhr
Montag, nachm. 1 bis abends 7 Uhr
Eintritt frei!
Zu zahlreichem Besuch ladet herzlichst ein
Der Orts- und Arbeits-Ausschuß.

Für Juli
Zimmer mit Cabinet u. Kochgelegenheit in **Warmbrunn**, Hain, Krummhübel oder Schreiberhau **gesucht.**
Offerten mit Preisangabe unter **H. S. 500** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.